

!
Herr Bürgermeister
Carsten Hövekamp
Rathaus
48249 Dülmen

CDU-Fraktion Dülmen
Vorsitzender: Wilhelm Wessels

Sebastian-Bach-Str. 68
48249 Dülmen

☎ 02594 82628

willi.wessels@unitybox.de
www.cdu-duelmen.de

Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Florian Kübber
Fraktionssprecher
www.florian-kuebber.de
fkuebber@gmx.de
0178-7858902
02594-7890272

29. April 2022

Beitritt der Stadt Dülmen zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hövekamp!

Die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen den folgenden Antrag im nächsten Bauausschuss und nachfolgend in der Stadtverordnetenversammlung zu beraten und zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen unterstützt die Forderung der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“, den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungskompetenzen zur Festlegung stadtverträglicher Geschwindigkeiten im Verkehr zu gewähren.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen beauftragt den Bürgermeister, die Städteinitiative im Namen der Stadt Dülmen zu unterzeichnen.

Begründung:

Art. 28 Abs. 2 GG verankert das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und ermöglicht den deutschen Städten, Kreisen und Gemeinden, die unter dem Begriff „Kommune“ zusammengefasst werden, ihre örtlichen Angelegenheiten selbstständig zu erledigen.

Zahlreiche Gesetze – wie auch die Straßenverkehrsordnung – widersprechen nach unserer Einschätzung diesem Recht auf kommunale Selbstverwaltung.

So lässt die Straßenverkehrsordnung, wie wir an einigen Beispielen im Stadtgebiet Dülmen feststellen müssen, keine Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 km/h zu, obwohl Sicherheit, Lärmschutz, Schadstoffreduzierung und Klimaschutz vom Grunde her dafürsprechen.

Fehlende Entscheidungskompetenzen für die Kommunen führen auch in Dülmen dazu, dass das Anliegen zahlreicher Bürgerinnen und Bürgern, in bestimmten Bereichen Tempo 30 einzurichten (Mühlenweg, Hiddingseler Straße etc.), seitens der Verwaltung nicht umgesetzt werden konnte.

Mehrere Städte haben nun eine Initiative gestartet, mit der Bund und Länder den Kommunen Regelungsmöglichkeiten zugestehen sollen, die weitergehen als bisher.

Absicht der Städteinitiative ist es, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, dass die darin enthaltenen Vorgaben entfallen und Kommunen selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30-Zonen oder -Streckenabschnitte anordnen wollen.

Die Städteinitiative fasst ihre Ziele in den folgenden vier Punkten zusammen:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neuordnung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Sowohl die für unsere Stadt festgelegten Klimaziele als auch die damit verbundene Verkehrs- und Mobilitätswende erfordern im verstärkten Maß, dass die Verwaltung die Möglichkeit bekommt, Höchstgeschwindigkeiten auf Basis aller relevanter Aspekte (z.B. Sicherheit für den nicht motorisierten Individualverkehr, Lärm, Schadstoffbelastung etc.) zu definieren

Das Präsidium des Deutschen Städtetages unterstützt die Städteinitiative in einem Beschluss vom 30.06.2021: „[...] Die Vorschläge der „Städteinitiative Tempo 30 für mehr Lebensqualität in Städten und Gemeinden“ bieten eine gute Grundlage, die durch Regeländerung ermöglicht und in Modellversuchen erprobt werden sollten [...].“

Die Forderungen des Städtetages und die von mehreren Städten angestoßene Städteinitiative sind aus Sicht unserer beiden Fraktionen auch für Dülmen wichtig und sollten von der Stadt Dülmen unterstützt und mitgezeichnet werden.

Anlage

1. Positionspapier Städteinitiative-Tempo-30-Unterstützer vom 31.01.2022

gez.
Willi Wessels

gez.
Florian Kübber